

fordern, gelangen, zumindest alles in der Schwere zu halten, in Genuß seine abschließenden Beschlüsse fassen zu lassen, die das deutsch-französische Verhältnis hätten bereinigten können.

Das komplizierte imperialistische Intrigenpiel wurde in Genuß in die Form einer Debatte über die Aufhebung bzw. Umgestaltung der Entente militärkontrakte über Deutschland und der Rheinlandbesetzung gefolgt. Wohl gemerkt war diese Debatte nur die äußere Form der wirklichen Kämpfe. Wohl ist der englische Imperialismus für ein Verschwinden der Militärkontrollkommission in Deutschland in ihrer gegenwärtigen Form wohl sie allzu sehr an die militärische Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent erinnert. Andererseits gibt aber England die Waffe einer Militärkontrolle ebensowenig aus der Hand wie Frankreich. Die Vorstände der englischen Industrie gegen die sogenannte Kriegsmaterialienausfuhr Deutschlands, die militärisch kontrolliert werden müsse, zeigt, daß sich hinter der Militärkontrolle sehr reale wirtschaftspolitische Interessen der fortwährenden Imperialisten verbergen. Den denkbaren Begriff der Kriegsmaterialienfabrikate will die englische Industrie zu einer Droßelung der deutschen Ausfuhr brauchen. So ist es gar nicht auszuweichen, daß die berechtigten Entschlüssen des „Manchester Guardian“ durch den „Vorwärts“ über die angebliche Einfuhr von Sowjet-Granaten nach Deutschland eine Waffe sein sollte, um zwar nicht diese nicht existierende „Einfuhr von Sowjet-Granaten“, wohl aber vielleicht die deutsche Ausfuhr von, sagen wir Fein-Geldstücken oder ähnlichem zu verhindern.

Dem englischen Imperialismus ist es gelungen, die Entscheidung in allen Fragen zu vertagen. Die Militärkontrolle selbst unter anderem Namen, das Rheinland bleibt besetzt, zur Beratung der Frage, wie das künftige entmilitarisierte Rheingebiet kontrolliert werden soll, wird die Einberufung einer neuen Locarno-Konferenz für Februar oder März geplant. Träte diese Konferenz tatsächlich zusammen mit dem Programm, einen von England gewünschten ergänzenden Rheinlandpakt abzuschließen und nebenbei vielleicht auch über einen polnisch-deutschen Garantepakt zu verhandeln, so würde es Chamberlain gelungen sein, die Frage der Räumung der Rheingebiete aus einer weitestgehend deutsch-französischen in eine deutsch-englisch-französisch-italienische zu verwandeln, d. h. die Hände mit im Spiel zu behalten. Es ist eine ausgezeichnete Belehrung der sozialdemokratischen Arbeiter, daß sich die englische imperialistische „Times“ in der Behandlung dieser Verhandlungsmöglichkeiten ausgerechnet auf die Reichstags- der Luxemburger Sozialistenkonferenz beruft und diese als sehr geeignete Grundlage über den grünen Alee lobt.

Sozialdemokratische Beschlüsse bleiben in der Tat stets sehr geeignete Grundlagen für die imperialistische Politik, im Notfall gute Brücken zur Überwindung imperialistischer Verlegenheiten oder auf alle Fälle Klüften zur Verheimlichung dessen, was ist.

Die Verhandlungen in Genuß haben wieder einmal gezeigt, wie labil die sogenannte Stabilisierung der kapitalistischen Welt und wie scharf die imperialistischen Gegensätze sind, wie leicht irgendein scheinbar kleiner Konflikt plötzlich die Kriegsgefahr in ihrer ganzen Größe aufrollt und einen neuen Weltbrand verursachen kann. Sie haben die sozialdemokratischen Behauptungen von der Friedensära, vom Friedenswillen der Großmächte Lügen gestraft und müssen die Arbeiterklasse alarmieren. Die Lehren dieser Genuß Verhandlungen zwingen die deutsche Arbeiterklasse, ungeachtet aller pazifistischen Abenteurer, sich zur Verteidigung der Sowjetunion und des Friedens in internationaler Front zusammenzuschließen.

## Der Kampf gegen kommunistische Abgeordnete

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Der Gesetzausschuß des Landtags hat die Immunität des kommunistischen Landtagsabgeordneten Tenner aufgehoben, damit der Oberstaatsanwalt in Erfurt gegen diesen ein Strafverfahren wegen Unterschlagung eines — Zeitungsausschnittes durchzuführen kann. Mit diesem Zeitungsausschnitt hat es keine eigenartige Bewandnis. Tenner hatte in einer Volksversammlung seinen Harnen Luft gemacht. In der Diskussion trat ihm ein Gegner von der deutsch-nationalen Fakultät entgegen und hielt Tenner an Hand eines Zeitungsausschnittes das Ständeregister der Kommunisten vor Augen. Das Ständeregister wollte es, daß der ominöse Ausschnitt nach Schluß der parlamentarischen Rede des Deutschnationalen zu Boden flatterte, aber auch schon im gleichen Augenblick in den Händen Tenners geblieben war. Und siehe da, Herr Tenner konnte feststellen, daß sein Gegner mächtig geschwindelt hatte, indem er viel mehr vorgelesen hatte, als auf dem Ausschnitt stand. Damit nun aber nicht der Verdacht entstehen konnte, Herr Tenner hätte bei der Entlarzung seines Gegners ebenfalls geschwindelt wie dieser, so lag der Ausschnitt nach der Versammlung zur Einsichtnahme für jedermann bereit — aber dabei war es auch der Zeitungsausschnitt. Da die Abgeordneten für derartige Sachen ein besonderes Verbot zeigen, nimmt die Staatsanwaltschaft an, daß der Abgeordnete Tenner den Zeitungsausschnitt an sich genommen hat. Nun wird er sich wegen Unterschlagung oder Hehlerei zu verantworten haben.“

Diese Episode aus dem politischen Leben unserer Zeit ist zu charakteristisch, als daß sie verloren gehen sollte. Aus kleinem kann man hier Großes erkennen, die Epikuristik des Kampfes wird klar, die Rechte angewendet, um den Gegner im Kleinen freizugeben, die Rechte angewendet, um den Gegner im Kleinen freizugeben. Sie nützt, wo sie regiert, die Macht der Staatsanwaltschaft brutal aus und rechnet auf die restlose Willkürigkeit der Gerichte. Warum sollte der Abgeordnete Tenner, wenn er wirklich jenen Zeitungsausschnitt an sich genommen hat, nicht wegen Eigentumsverstoßes verurteilt werden? Der Satz „minima non curat procer“ — daß der Richter sich um Winzigkeiten nicht zu kümmern habe — gilt nicht, wenn ein Oppositioneller diskreditiert werden soll. So ist in der Stille der reaktionären kleinen Staaten noch mehr die Hebung als anderswo. Der sozialdemokratische Oberstaatsrat Stöckel in Braunschweig ist um Werte von ein paar Pfennigen zu Gefängnis verurteilt worden, einem Demokraten in Thüringen sollte kürzlich, weil er das Recht auf Handgepäck überschritten haben soll, das politische Lebenslicht ausgeblasen werden, dem Oberstaatsanwalt Frieders, der nicht Order parierte, hat man einen angeblichen Erinnerungsfehler als Meisid angedreht — und so ließe sich die Liste noch lange fortsetzen. Aber wenn auch durch diesen Guerillakrieg politische Taktische erzielt werden, so müßte man sich doch klar darüber sein, was auf die Dauer den Schaden davon hat — und das ist die Justiz, die immer mehr das Vertrauen des Volkes verlieren muß, wenn sie sich in dieser Weise von der Parteipolitik kommandieren läßt. Wenn schon die Rechte nicht einzugehen vermögen, daß so die Grundlagen des Staates untergraben werden — was lagern die Ständevereine der Richter und Staatsanwälte dazu? Sie schweigen.

Wir fügen dem nichts hinzu. Die Red.

## Deutsche Waffen gegen England?

Unter der obigen Überschrift bringt der Montag-Morgen eine neue Enthüllung des Manchester Guardian über illegale Diebstahlungen des Manchester Guardian über illegale Abfuhr der deutschen Reichswaffe werden in der neuesten Nummer des Blattes mit Veröffentlichungen feierlich, die noch größeres Aufsehen erregen werden als das im Jahre 1921 auf Veranlassung des Reichswehrministeriums das deutsche Reichsgebiet worden seien, und den Ausführenden wider England geübt worden seien. Das Blatt verleiht keine Veröffentlichungen mit folgenden Überschriften: „Entlassung eines Offiziers für Unterfertigung der härtesten Resolution“, „Schied vom Berliner Reichswehrministerium“, „Die Verletzung der Sorgfältigkeit, die völlig abenteuerlich ist“, „Die Verletzung der Sorgfältigkeit, die völlig abenteuerlich ist“, „Die Verletzung der Sorgfältigkeit, die völlig abenteuerlich ist“.

Ich bin jetzt in der Lage, über ein anderes Ergebnis zu berichten, das allerdings nicht Aufsehen bereift. Die Tatsachen liegen zurück, aber es dürfte immerhin auch jetzt noch interessanter sein, wie vielseitig die Tätigkeit der deutschen militärischen Verbände gewesen ist.

Im Jahre 1921 verpackten diese illegalen militärischen Verbände ein Schiff, beladen mit Waffen und Munition, nach Island zur Unterfertigung des irischen Aufstandes gegen England. Der Leiter dieses Unternehmens war auf deutscher Seite ein Offizier, der späterhin wegen angeblicher Beteiligung am Erbsenverderb verhaftet wurde. Auf irischer Seite wurde diese Waffenlieferung von einem gewissen „Mr. E.“ arrangiert, der sich rühmte, an der Ermordung britischer Offiziere in Dublin teilgenommen zu haben, später verhaftet und in England interniert wurde. Es gelang ihm aber, zu fliehen und nach Dänemark zu gelangen, wo er noch jetzt in ziemlich bedrängten Verhältnissen lebt.

Während der deutsche Offizier in Dänemark und die Unterfertigung wegen der Ermordung Erbsenverderb schwebt, erhielt er einen Schied über 300 000 Mark.

Anfangs wollte die Gefängnisleitung nicht erlauben, eine so große Summe abzugeben, aber er machte geltend, daß er den Betrag aus dem deutschen Reichswehrministerium erhalten habe „für geleistete Dienste“. Er erklärte, daß man auf Grund seines Einpruchs Reserven anstelle, und daß man ihm darauf gestattete, den Schiedsumme zu tätigen. Unter diesen Umständen war einer die erachtete Unterfertigung der irischen Revolution.

Zweifellos handelt es sich bei diesen sensationellen Enthüllungen des englischen imperialistischen Blattes Manchester Guardian um eine neue Legation, die diesmal gegen die irischen Revolutionäre gerichtet ist, und von diesem Blatte behauptete der Vorwärts, daß es antimperialistisch eingestellt ist.

## Der SPD-Parteivorstand gegen die Rote Front

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD veröffentlicht im „Vorwärts“ eine öffentliche Warnung an die Mitglieder der SPD: „Der Parteivorstand macht darauf aufmerksam, daß analog der Stellungnahme der Partei zur IAB und RS auch die Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie ist.“

Der die Verhältnis in der SPD kennt, weiß, daß das Abströmen sozialdemokratischer Arbeiter in den RFB schon starken Umfang annehmen mußte, wenn sich der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer öffentlichen Warnung entschließen konnte. Die sozialdemokratische Presse bezieht sich natürlich, den Anweisungen des Parteivorstandes nachzukommen, und drückt diese Warnung als „Richtig ist ist verhängt, als wenn sich die Arbeiter in der roten Front zu ge-

# Landestagung der IAB

## Internationales Meeting der IAB Dresden

Unter diesem Kampfes stand die am Sonnabend, den 12. Dezember 1926, im Volkshaus veranstaltete, überfüllte Kundgebung der Internationalen Arbeiterhilfe. Sie bedeutete einen aufsehenerregenden Willensausdruck, die Sammlung und den Zusammenhalt der Interdisziplinären aller Länder mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Nachdem Gen. E. Schumann, Dresden, auf die am Sonntag stattfindende Landestagung der IAB für den Freihaas Sachsen hinwies, betrat das Rednerpult

**Wiederapp, Nordamerika.** Wiederapp ist ein alter Kämpfer des Proletariats. Schon im Jahre 1908 fand er in New York in erster Reihe. Er führte aus: „Am Vorabend der revolutionären Ausbreitung wird die Frage der bürgerlichen Demokratie täglich und stündlich den Arbeitern vor Augen geführt. Wenn zehntausend Billionäre vorhanden sind, so nur darum, weil 90 Prozent der Einwohner nichts haben als ihre Arbeitskraft. Auch die Freiheit des Gedankens und der politischen Betätigung existiert nur für die besitzende Klasse. Durch das Kapitalgesetz von 1917 wurden zehntausende von Arbeitern den Gefängnissen überliefert. Die Führer der Arbeiterbewegung sind reaktionär und flecken mit den Unternehmern unter einer Decke. Die IAB hat eine ungeheurer wichtige Aufgabe: die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Sie arbeitet mit Erfolg. Für die streikenden Textilarbeiter hat sie 15 000 Dollar angedrückt. Die bevorstehende Krise in der Produktion (teilweise Stilllegung der Hochwerke) wird die Freilicht unserer letzten Arbeit herantreiben lassen.“

**Medard, Vertreter der IAB Belgiens und Frankreichs,** ergreift nun das Wort. Er weist auf die großen Kriegsverluste hin, insbesondere zwischen Frankreich und Italien. Die Reaktion in Belgien will eine faschistische Bewegung aufziehen. Der sozialdemokratische Nationalrat in China. Andere IAB-Sektionen haben allein für die vorbehaltlose Unterstützung der englischen Bergarbeiter gekämpft. Wir alle sind verantwortlich für die Niederlage unserer englischen Brüder. Die SPD-Führer Belgiens bekämpfen uns und unterstützen die bürgerlichen Wohlhabenskreise. Trotzdem gewinnen wir täglich neue proletarische Kreise zum Kampf gegen den Faschismus, für Sowjetrußland.

**Walter, Holland,** überdringt die Grüße der Werktätigen Hollands. Dieses Land mit 7 Millionen Einwohnern unterdrückt 15 Millionen Kolonialsklaven. Ihre schamlose Ausbeutung hat dazu geführt, daß sie ein Jahreslohn von 24 Gulden haben (je 10 m i l l e). Das entspricht dem Wochenlohn eines holländischen Arbeiters. Redner solidarisiert sich mit den japanischen Eingeborenen, die zu den Waffen gezwungen haben, als die Plantagenbesitzer bei Zeit und Japand die Erträge ihrer Arbeit verpackten. Unsere Bewegung in Holland zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront macht gute Fortschritte. In 46 Orten haben wir unsere Agitatoren, die bestrebt sind, mit der Arbeiterschaft anderer Länder eine Kampffront zu schaffen.

**Frank Hayes, England** (mit kläglichem Weisfall begrüßt), überdringt die Grüße und den Dank der englischen Bergarbeiter. Ihre Niederlage ist die der Arbeiter aller kapitalistischen Länder. Die Lehre dieses gewaltigen Ringens kann nur die sein: Welt der Reformisten die Arbeiterschaft veranlassen, muß sie sich eine revolutionäre Führung schaffen. Aber auch die Arbeiter müssen endlich um Handeln kommen. Die sechsunderttausend Tönnen Streikbrochertische werden für immer ein Schandfleck in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein. Ein leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität haben die zehntausend Arbeiter, die allein 50 Prozent aller gesammelten Gelder aufbrachten. Die IAB hat großes geleistet, um Hunger und Elend aus den Reihen unserer Frauen und Kinder zurückzudrängen. Viele hunderttausend Lebensmittelpakete wurden verteilt. Kleine englischen Brüder, ihre Frauen und Kinder vergesst die Hilfe nie vergessen. Ihr

meinlautes Kampfe zusammenfinden. Den öffentlichen Sammentraub des Reichsbanners kann sie nicht ertragen.

## Rationalsozialisten und Ministerpräsidentenwahl

Wie wir bereits am Sonnabend berichteten, hat der rationalsozialistische Abgeordnete A. Rüdiger in einer öffentlichen Wahl des Ministerpräsidenten, die am Dienstag in der Landestagung erneut auf der Tagesordnung steht, in der Landestagung einen Antrag gestellt, die Ministerpräsidentenwahl die Mehrheit der Stimmen einem rationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verschaffen. Ich würde in diesem Sinne gegebenenfalls das „kleinere Übel“ erliden müssen.“

„Sollten die ... Vorbesprechungen nicht zu dem ersehnten Ziele der Bildung der großen Regierung der rationalsozialistischen Parteien“ führen, müßte die Rechte nicht imstande sein, eine Regierung zu bilden, so würde für die Rationalsozialisten (und gegebenenfalls anderer Richtungen) kein anderer Weg übrig bleiben, als durch Abwesenheit bei der Ministerpräsidentenwahl die Mehrheit der Stimmen einem rationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verschaffen. Ich würde in diesem Sinne gegebenenfalls das „kleinere Übel“ erliden müssen.“

In einer anderen Stelle heißt es: „Sollten also die bürgerlichen Parteien die Forderung der Zeit nicht erkennen und einer politisch vielschichtigeren, unzulässigen, in wirtschaftlicher Hinsicht für das, was das Volk zunächst braucht, aber möglichen linksradikalen Regierung überlassen wollen, was zu ihrer eigenen Verantwortung würde, würden die Rationalsozialisten ihrer Verantwortung, die sie dem Volke gegenüber führen, nur dadurch gerecht werden können, daß sie vorläufig der linksradikalen Regierung die Möglichkeit geben, sich zu bilden. Jedenfalls darf ich klar zum Ausdruck bringen, daß ich, für den Fall, daß ein neuer Versuch bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl zu erlangen wäre, meine Anwesenheit im Plenarsaal weder mit welcher Selbstachtung, noch mit meinem Verantwortungsbewußtsein dem Volke gegenüber in Einklang bringen könnte.“

Gemäß Artikel 28 der Verfassung ist als Ministerpräsident gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Fehlen auf der bürgerlichen Seite sechs Stimmen, so ist die Mehrheit links.

Ich glaube, diese sechs Stimmen in Aussicht stellen zu können.“

Nach dieser Zuschrift des Kapitanleutnants vom Postamt ist anzunehmen, daß die Rationalisten mit den Rationalsozialisten eine gemeinsame Stellung einzunehmen gedenken. Die Erklärung Rüdigers darf wohl zunächst gewertet werden als ein Schreckensruf, um die bürgerlichen Parteien zu einer Einigung über die künftige Regierungsbildung zu bringen. Es wird sich am Dienstag zeigen, inwieweit dieser Druck, den Rüdiger auszuüben versucht, Erfolg haben wird.

## Kampfvorbereitungen zum Abstkundentag

Berlin, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter des 5. Bezirkes Berlin forderte vor ihrer Disziplinären Entscheidung Kampf zur Durchführung der 46-Stundenwoche. Der Lohnvertrag soll gekündigt und die Forderung auf Lohnzurückzahlung mit allem Nachdruck verteidigt werden. Zusammengefaßt sind die Forderungen: 46-Stunden-Woche, 10-prozentige Lohnzurückzahlung, Rückzahlung der Beträge in formale Verwaltung, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Abschaffung der Leertageszulage, die bisher den Angestellten am Beamtentum gewährt wurde, auch für die Arbeiter.

## Landestagung der IAB

### Internationales Meeting der IAB Dresden

Dank wird sein, mit verdoppelter Kraft an dem Kampf der IAB und der Schaffung der revolutionären Klassenfront zu arbeiten. Redner schloß mit einem Hoch auf die internationale Solidarität. (Die Versammelten sangen lebhaft die Internationale.)

**Genosse Neumann, Tschekoslowakei,** überdringt in ihrer Mutterprache die Grüße der Werktätigen aus der Tschekoslowakei. Millionen Arbeiter stehen bereits in der proletarischen Klassenfront, bereit, für Sowjetrußland ihr Leben einzusetzen. Auch für die deutschen Arbeiter hat das tschechoslowakische Proletariat die Solidarität in der Rot mit Leben bewiesen. Für die englischen Bergarbeiter wurden in der Tschekoslowakei über 700 000 tschechische Kronen (100 000 Mark) überwiesen.

Unsere Arbeit ist viel schwerer in nationalen Hinsicht, weil in der Tschekoslowakei mehrere Nationen leben, die Arbeiterschaft wird aber ohne Unterschied der Nation von der Bourgeoisie, der tschechischen sowohl wie der deutschen, die jetzt die Macht in Händen hat, ausgebeutet.

Die Rednerin versichert, daß auch ihre Landsleute bei allen internationalen Kämpfen ihren Mann stellen werden, und appelliert an die Anwesenden, daß nach solchen internationalen Kundgebungen, wo die Arbeiterschaft wirklich in internationaler Sinne erproben wird, es ein zweites 1914 nicht mehr geben darf.

**Dr. A. Reich, Berlin, IAB der IAB.** Mit beherztem Spott weist er auf die neuesten Träger der Privatreisepresse hin und schlägt vor, daß auch diese einen für Sozialismus erhält. Mit einfachen, klaren Worten schildert er die Verlogenheit des Bolshewismus und die Gefahren des neubulgarischen Imperialismus als Folge der Stabilisierung. Auch in Deutschland hätten sich die sozialdemokratischen Führer geradezu als Spezialisten der Konturrevolution und des Antibolschewismus für die Bourgeoisie betätigt. Ihre neueste Leistung, die Ente von Sowjetgranaten für die deutsche Reichswaffe, seien in Wahrheit die Führer der SPD. Aber die Arbeiter sollten ihre Beauftragten auf den Kongress der Werktätigen, der die Fragen des Vorwärts mit den schärfsten Worten zurückweist. Redner weist auf die bisherigen Erfolge und die weiteren Aufgaben der IAB hin: Hilfe für die Gemahrgelassen in England, Kinderhilfe in Deutschland, sozialpolitische Kräftekonzentration des Proletariats. Dann schildert er die Freiheitskämpfe der unterdrückten Völker im Osten und die kommende Welt-Kolonialkonferenz, und ist überzeugt, daß in nicht allzu ferner Zeit die Weltrevolution in Europa und Asien gemeinsam eine neue und bessere Gesellschaftsordnung erkämpfen werden.

Inzwischen ist folgende Entschliessung eingegangen: „Die am 11. Dezember 1926 im Volkshaus Dresden von der IAB einberufene, sehr hart beladene Kundgebung fordert die sofortige Freilassung von Ruz Hölz. Die Versammlung ist einstimmig der Meinung, daß es für das deutsche Volk eine Schmach bedeutet, wenn man trotz der Aufkündigungswaffe für Ruz Hölz demessen noch hinter Kerkermauern schmähend läßt.“

**Gen. Höder, Halle-Merseburg,** gibt eine kurze Begründung und weist zur Klärung der Klassenjustiz auf die Freilassung und Befreiung der Fremdenarbeiter hin. Die Entschliessung wird einstimmig angenommen, und es ergeht das Schlusswort.

**Dininghaus, Berlin, vom Reichsverband der IAB.** Er appelliert an die Dresdner Arbeiterklasse, an dem Anruf der IAB teilhaftig mitzuarbeiten. Die Beschlüsse der morgigen Landestagung müssen unter Mitarbeit beider Kreise der Werktätigen verwirklicht werden. Mit einem Hoch auf die internationale proletarische Solidarität und dem gemeinsamen Begehren „Freiheit, zur Sonne, zur Freiheit“ usw. fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Allen Teilnehmern wird diese Kundgebung des gemeinsamen proletarischen Denkens und Handelns unvergessen bleiben.